Oderberger Zeitung

und Wochenblatt

Erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag resp. am Abend vorher. Bezugspreis durch die Geschäftsstelle mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt" für den Monat 1,10 Reichsmark. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.
Verantwortlicher Redakteur Ernst Feistel.

Fernsprecher Nr. 57.

Insertionspreis
Grundzahl für die einfache Petitzeile oder deren Raum 20 RPfg., für die Reklame 60 RPfg., Inserate werden bis 11 Uhr vormittags vor dem Erscheinungstage erbeten, größere Inserate entsprechend früher.
Druck u. Verlag von B. Feistel Oderberg (Mark)

Postscheckkonto: Berlin 31711

Oeffentlicher Anzeiger für den Amtsgerichtsbezirk Oderberg und Umgegend.
Mit verbindlicher Publikationskraft für amtliche Bekanntmachungen

Nr. 137. Sonntag, den 27. August 1933. **Jahrg. 60**

Der deutschen Staatszugehörigkeit für verlustig erklärt.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 hat der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen durch eine im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Bekanntmachung vom 23. August 1933 zunächst folgende im Ausland befindlichen Reichsangehörigen der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, weil sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben:

Dr. Alfred Apfel,
Georg Bernhard,
Dr. Rudolf Breitscheid,
Eugen Eppstein,
Alfred Falk,
Lion Feuchtwanger,
Dr. Friedrich Wilhelm Foerster,
Helmuth von Gerlach,
Elfriede Gohlke (genannt Ruth Fischer),
Kurt Großmann,
Albert Grzesinski,
Emil Gumbel,
Wilhelm Hansmann,
Friedrich Heckert,
Max Hölz,
Dr. Alfred Kerr,
Otto Lehmann-Rußbüldt,
Heinrich Mann,
Theodor Maslowski,
Wilhelm Münzenberg,
Heinz Werner Neumann,
Wilhelm Pieck,
Berthold Salomon (genannt Jacob),
Philipp Scheidemann,
Leopold Schwarzschild,
Max Sievers,
Friedrich Stampfer,
Ernst Toller,
Dr. Kurt Tucholski,
Bernhard Weiß,
Robert Weißmann,
Otto Wels,
Dr. Johannes Werthauer.

Zugleich ist das Vermögen dieser Personen beschlagnahmt worden.

Sie sind einander würdig!

In der Tat, ein übelduftender Strauß, den die gerechte Hand des Staates da zusammengerafft und aus dem deutschen Boden entfernte, der diese Sumpfblüten allzu lange und allzu geduldig ernährte. Wir wollen sie unseren Lesern noch einmal kurz vorstellen und dann für immer aus dem deutschen Denken streichen, wie sie es verdienen:

Apfel: Rechtsanwalt, eingeschriebenes Mitglied der Kommunistischen Partei, Verteidiger in zahlreichen Blutprozessen der Moskowiter, u. a. auch Verteidiger der Mörder Horst Wessels; im übrigen auch wie

Werthauer: Justizrat und Notar, in zahlreiche Schiebungsaffären juristischer Art verwickelt;

Bernhard: früher Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", die unter seiner Leitung den bezeichnenden Beinamen „Gazette de Foch" erwarb, bedingungsloser Erfüllungsfanatiker und Französling; schließlich auf seinem Posten völlig unmöglich geworden, rettete er sich in die einträgliche Stellung des Präsidenten des Warenhausverbandes; ihm völlig gleich an Gesinnung ist sein früherer Kollege

Stampfer: ehemals Chefredakteur des sozialdemokratischen Hauptorgans „Vorwärts"; er schmückt zur Zeit mit anderen prominenten Genossen den Kongreß der Zweiten Internationale in Paris, wo er wie sie ein Kesseltreiben gegen Deutschland in Gang zu bringen versucht; diese Vergifter der öffentlichen Meinung werden jedoch alle in den Schatten gestellt von

Hello von Gerlach: verschuldete im Dezember 1918 durch seine falschen Berichte aus Posen als „Kommissar" vor allem den Verlust der Provinz Posen an die Polen; durfte dann bis zur Papen-Regierung jeden Montag in seinem berüchtigten Hetzblatt „Die Welt am Montag" ungestört Hoch- und Landesverrat üben;

Breitscheid: langjähriger sozialdemokratischer Führer, dessen „Größe" lediglich in seiner Länge bestand; stets auf der Rednertribüne des Reichstages, wenn es galt, die Interessen Frankreichs gegen Deutschland zu vertreten; trotzdem bei jedem Kabinettswechsel der Nachkriegszeit Kandidat seiner Partei für den Außenministerposten;

Eppstein: unbedingter roter Vorkämpfer für sozialistische Bonzenwirtschaft und Bekämpfer des nationalen Deutschland;

Falk: Leiter der berüchtigten „Republikanischen Beschwerdestelle", der bekannten Zuchtanstalt für politisches Denunziantentum;

Feuchtwanger: Kurfürstendamm-Literat bolschewistischer Färbung, ebenso wie seine Genossen im Geist

Heinrich Mann, Großmann, Schwarzschild;

Foerster: betreibt schon seit Kriegszeiten zuerst in der Schweiz, seit Jahren von Paris aus die übelste Hetze gegen Deutschland; führende Größe der übelbeleumdeten „Liga für Menschenrechte" genau wie die Schriftsteller

Salomon und Rußbüldt, ebenfalls Zierden der „Liga für Menschenrechte", die u. a. bekanntlich einen Teil der Wühlgeschäfte Frankreichs in Deutschland besorgten;

Elfriede Gohlke („Ruth Fischer"): prominentes Mitglied der Kommunistenfraktion des Reichstags, Lautsprecherin bolschewistischer Hetzreden unter des nachsichtigen Herrn Löbe Aufsicht;

Grzesinski: Polizeipräsident von Berlin und preußischer Innenminister, hervorragend verdient um die rücksichtslose Bekämpfung aller nationalen Regungen, wobei er in einer bekannten Rede der nationalen Opposition mit dem „Aufhängen am Laternenpfahl" drohte;

Gumbel: Privatdozent in Heidelberg, sprach öffentlich von dem „Feld der Unehre", auf dem Deutschlands Söhne gefallen seien; sein würdiges Seitenstück

Hansmann: roter Landrat, der von den deutschen Soldaten als von „besoffenen Schweinen" sprach;

Heckert: Kommunistenführer wie Münzenberg, Neumann, Pieck, Maslowski; sie haben durch die Inszenierung von Demonstrationen und offenen Revolten manchen Toten und Verwundeten auf dem Gewissen;

Hölz: Kommunistenführer und Mordbrenner, Führer des Aufstandes im Vogtland; nach nur siebenjähriger Zuchthausstrafe durch die ständige Befürwortung jenes undeutschen Literatenklüngels in Freiheit gesetzt;

Kerr: gehört zu seinen Schutzengeln, völlig französisch eingestellter Theaterkritiker, der alles Fremde begeistert begrüßte, alles Deutsche begeiferte; Protektor u. a. des bolschewistischen Regisseurs Piscator;

Scheidemann: einer der unsaubersten Großfunktionäre und Großverdiener des Novembersystems; Ausrufer der Republik gegen Eberts Willen; hat heute noch unverdorrte Hände, obwohl er entgegen seinen eigenen Versprechungen das Versailler Diktat annahm;

Sievers: Leiter der Freidenker-Organisationen, die den Boden für die von Moskau aus betriebene Gottlosenpropaganda bereiteten;

Toller: bolschewistischer Literat;

Tucholsky: neben Gerlach und anderen wohl der größte Schmutzfink, der sich im deutschen Schrifttum breitmachte; schrieb unter vier Namen, auch gegen sich selbst, wenn es ihm die Konjunktur gebot;

Weiß: Polizei-Vizepräsident von Berlin, wohlbewährt als Stütze Severings und Grzesinskis bei der Niederknüppelung nationaler Kundgebungen gegen das Diktat von Versailles und bei Aktionen gegen die nationale Opposition im Reichstag;

Weißmann: Staatssekretär, rechte Hand der Regierung Braun, besonders bewährt bei der Unterdrückung von roten Skandalprozessen;

Wels: Sozialistenführer, der lieber „mit der Masse irren" als deutsch denken wollte.

Die Gemeinde im neuen Staat.

In der politischen, geistigen und seelischen Erneuerung des deutschen Volkes spielen die Gemeinden und Gemeindeverbände eine bedeutsame Rolle. Da die Demokratie den Drang zur stärksten Zentralisation hat, ist es kein Wunder, wenn die kommunale Selbstverwaltung in den letzten 14 Jahren systematisch vernichtet worden ist oder Formen angenommen hat, die mit ihrer ursprünglichen Idee unvereinbar sind. Der demokratisch-marxistische Staat der Nachkriegszeit ist nicht zuletzt deshalb zusammengebrochen, weil er die Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände bis zur Vernichtung ausgehöhlt hat, ohne seinerseits eine straffe einheitliche Staatsgewalt zu besitzen. Bei dem Aufbau des nationalsozialistischen Staates muß daher den Gemeinden und Gemeindeverbänden wieder ihr naturgegebener Platz eingeräumt werden. Der völkische Staatsgedanke verlangt eine starke Staatsgewalt, darunter aber eine ausgeprägte Dezentralisation, eine weitgehende Gliederung, die die besonderen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse aller Reichsteile zur vollen Entfaltung kommen läßt.

Diese Gedanken entwickelt in den neuesten Ausgaben der Organe des Deutschen Gemeindetages, dem „Gemeindetag" und der „Landgemeinde", der Geschäftsführer des Deutschen Gemeindetages, Dr. Kurt Jeserich. Wenn der nationalsozialistische Staat dem naturgegebenen Aufbau Deutschlands entsprechen soll, so müssen unter einer starken Staatsgewalt lebenskräftige Gemeinden und Gemeindeverbände stehen, die ihrerseits nach dem Führerprinzip organisiert alle eigenen Aufgaben unter voller Selbstverantwortung durchzuführen haben. Eigene Entschlußfähigkeit muß ihnen soweit zugestanden werden, wie dies im Interesse einer einheitlichen Staatsführung möglich ist. Aus diesen Grundgedanken heraus entwickelt Dr. Jeserich eine Reihe von Leitsätzen über die Stellung der Gemeinde im nationalsozialistischen Staat, die auch deswegen besondere Beachtung verdienen, weil die Führung des Deutschen Gemeindetages, dessen Gedankenzüge Dr. Jeserich entwickelt, bei Oberbürgermeister Fiehler-München liegt, der gleichzeitig als Mitglied der Reichsleitung der NSDAP. die kommunalpolitischen Richtlinien der Partei bestimmt:

1. Die nationalsozialistische Staatsidee verwirklicht den völkischen, in seinem Wesen urdeutschen Gedanken der Schaffung einer starken Staatsgewalt auf der Grundlage des Führerprinzips bei gleichzeitig weitgehender Dezentralisation.

2. Der Staat lehnt sich in seiner Verwaltungsorganisation an die natürliche soziale Gliederung des Volkes an und bildet die Gemeinden und Gemeindeverbände zu selbstverantwortlichen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und stammesmäßigen Einheiten aus.

3. Die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Wesensart der deutschen Stämme findet ihren verwaltungspolitischen Ausdruck in der Einräumung einer mit dem autoritären Staatsgedanken durchaus zu vereinbarenden Selbständigkeit zugunsten der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der nationalsozialistische Staat wird von einem einheitlichen Willen beherrscht, aber in ihm ist auch Platz für die neues Leben erzeugende Tätigkeit seiner Gliederorganismen, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

4. Die Gemeinden und Gemeindeverbände entscheiden in abgeleiteter Zuständigkeit alle die Fragen unter eigener Verantwortung, die nicht von unmittelbarem Staatsinteresse sind, vielmehr örtlichen Charakter tragen und aus der Tatsache der nachbarlichen Verbundenheit der Gemeindemitglieder erwachsen.

5. Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden von Führern, die das volle Vertrauen der Staatsführung besitzen, unter Heranziehung von Vertretern der Bevölkerung mit beratender Stimme verwaltet. Die Vertreter der Bevölkerung werden zum Teil auf berufsständischer Grundlage ausgewählt.

6. Die Berufsstände erfahren in der Gemeinde ihre erste horizontale Verbindung. Die Gemeinde dient dem Interessenausgleich aller Wirtschafts- und Berufszweige unter dem Gesichtspunkt der örtlichen Schicksalsgemeinschaft, zugleich damit der Verbundenheit der Einzelgemeinden mit dem Volksganzen.

Aus diesen Grundsätzen ergibt sich eindeutig die Stellung der Gemeinden im nationalsozialistischen Staat; sie sind dienende, sich dem Volksganzen jederzeit einordnende Glieder dieses Staates, die im Rahmen der durch die Staatsführung gezogenen Grenzen auf der Grundlage der Selbstverwaltung und freien Initiative ihre Tätigkeit auf allen Gebieten des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens fortentwickeln und zur höchsten Entfaltung bringen, immer unter dem Gesichtspunkt der durch die besonderen Verhältnisse ihres Gebietes gegebenen Eigenarten.

Hindenburg bei der Tannenbergfeier.

Auch der Reichswehrminister und der Chef der Marineleitung nehmen teil.

Reichswehrminister General von Blomberg begibt sich im Flugzeug nach Neudeck, wo er an einem Abendessen beim Herrn Reichspräsidenten teilnimmt.

Am 27. August wird der Reichspräsident in Begleitung des Generals von Blomberg an der Kundgebung am Tannenbergdenkmal teilnehmen. Auch der Chef der Heeresleitung, General Frhr. von Hammerstein, und der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. e. h. Raeder, werden den Reichspräsidenten zu dieser Kundgebung begleiten.

Sofort nach Beendigung der Tannenbergkundgebung begibt sich der Reichswehrminister im Flugzeug zur Kundgebung der Saarvereine am Niederwalddenkmal.